

**Ministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland
Postfach 12 03 22
53045 Bonn**

- ▶ **ANSCHRIFT**
HARDENBERGSTR. 52/54
28201 BREMEN
- ▶ **MOBIL**
01 51 / 52 52 77 76
- ▶ **E-MAIL**
AFRIQUEEUROPEINTERACT
@YAHOO.DE
- ▶ **TWITTER**
@AE_INTERACT
- ▶ **FACEBOOK**
AFRIQUE EUROPE INTERACT

Bremen, den 15.07.2018

**Antrag auf Ersatzflächen durch die beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou im
Office du Niger (Mali) // "Compliance Review Report" (RQ2016/1)**

Sehr geehrter Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der
Bundesrepublik Deutschland,
sehr geehrte Mitglieder des Vorstands der Afrikanischen Entwicklungsbank,

bitte erlauben Sie uns, dass wir einmal mehr auf die Situation der beiden Dörfer
Sanamadougou und Sahou im Office du Niger zurückkommen **[1]**. Beide Dörfer
haben im Zuge eines zwischen dem Office du Niger und der Firma M3-SA des
Investors Modibo Keita am 31.10.2010 geschlossenen Pachtvertrags einen
beträchtlichen Teil ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen verloren. Die
betroffenen Bauern und Bäuerinnen haben dagegen immer wieder mit
Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure protestiert. Entsprechend hat der
Fall in den letzten Jahren sowohl die malische als auch die internationale
Öffentlichkeit regelmäßig beschäftigt:

Mehrere straf- und zivilrechtliche Prozesse haben stattgefunden; eine am
04.04.2014 vom Premierminister eingesetzte Untersuchungskommission (N°
0011/PM-CAB) hat zwei Berichte erstellt; Repräsentant_innen der Regierung und
des malischen Staates sind immer wieder mit Vertreter_innen der beiden Dörfer
und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammengetroffen; das
malische Parlamente hat am 02.07.2015 über den Fall debattiert. Begleitend sind
unzählige Zeitungsartikel erschienen, mehrere Beiträge wurden im malischen
Fernsehen ausgestrahlt, zudem haben das renommierte Oakland-Institut in den
USA **[2]** und die weltweit tätige Menschenrechtsorganisation FIAN International
Untersuchungen über den Landkonflikt in Sanamadougou und Sahou
veröffentlicht **[3]**. Schließlich sind die beiden Dörfer auch im Deutschen Parlament
mehrfach zur Sprache gekommen – ausgehend von der Frage, ob Gelder aus der

- ▶ **KONTO**
GLOBALE
GERECHTIGKEIT E.V.
KONTO: 2032 237 300
GLS BANK
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE67 4306 0967
2032 2373 00
BIC: GENODEM1GLS
- ▶ **WWW.AFRIQUE-
EUROPE-
INTERACT.NET**

deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Gestalt von Krediten an das Unternehmen von Modibo Keita geflossen sind **[4]**. Letzteres wiederum hat dazu geführt, dass die Afrikanische Entwicklungsbank einen "Independent Review Mechanism" gestartet und in diesem Rahmen im Februar 2018 einen "Compliance Review Report" erstellt hat.

Gleichwohl ist der Konflikt bis heute nicht befriedet. Denn auch wenn sämtliche der erwähnten Berichte Kritik an dem üben, was den beiden Dörfern widerfahren ist (ganz gleich, ob es um den Landverlust an sich geht oder die Umstände, wie es dazu gekommen ist), haben sowohl der Investor als auch die Verwaltung des Office du Niger immer wieder darauf hingewiesen, dass der Pachtvertrag zwischen M3-SA und dem Office du Niger Gültigkeit besitzt – und das mit der Konsequenz, dass den Dorfbewohner_innen ausschließlich Entschädigungszahlungen und Ersatzflächen zustehen würden.

Die Mehrheit der Dorfbewohner_innen hat Kompensationen lange abgelehnt und stattdessen die Rückgabe ihrer Flächen gefordert – insbesondere unter Verweis auf das im Falle von Sanamadougou und Sahou anzuwendende Gewohnheitsrecht. Um so beachtlicher ist nun, dass mit Sahou zumindest eines der Dörfer am 23.03.2017 einen Antrag auf Ersatzflächen gestellt hat. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, dass dieser Schritt den Dorfbewohner_innen nicht leicht gefallen ist. Vielmehr ist der Entscheidung ein anderthalbjähriger, von Afrique-Europe-Interact begleiteter und finanziell unterstützter Klärungsprozess vorausgegangen, der nunmehr zu der für die Dörfer schweren Entscheidung geführt hat.

Gleichzeitig sind die Bewohner_innen von Sanamadougou und Sahou weiterhin zögerlich. Denn ausgerechnet ein Vertreter der Convergence Malienne Contre l'Accaparement des Terres (CMAT), der auch Mitglied der oben erwähnten Untersuchungskommission des Premierminister gewesen ist, hat jüngst gegenüber den Dorfbewohner_innen die Position vertreten, dass es realistische Chancen gebe, ihre ursprünglichen Nutzflächen zurückzuerhalten. Wie es zu dieser offensichtlich manipulativen Aussage des CMAT-Vertreters gekommen ist, wissen wir nicht. Doch dieser Umstand hat dazu geführt, dass sich die Bewohner_innen von Sanamadougou derzeit nicht in der Lage sehen, einen von allen mitgetragenen Antrag auf Ersatzflächen zu stellen - einfach, weil eine Minderheit von ihnen unverdrossen auf die Rückgabe des Landes hofft.

In diesem Sinne möchten wir die malische Regierung und die Direktion des Office du Niger dringend bitten, den Antrag von Sahou positiv sowie möglichst zeitnah und großzügig zu bescheiden. Zeitnah, weil die Bewohner_innen von Sanamadougou ihre Entscheidung davon abhängig machen, ob und zu welchen Konditionen Sahou in absehbarer Zeit Ersatzflächen zugesprochen bekommt. Großzügig, weil die Bewohner_innen der beiden Dörfer, nur solche Ersatzflächen als eine angemessene Entschädigung empfinden dürften, die gut erreichbar sind und die zudem die Ernährungssicherheit hinreichend gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass die Keita-Gruppe wegen Geldmangel derzeit nur 2.500 Hektar der insgesamt 20.000 Hektar Pachtfläche bebauen kann (wie es im Compliance Review Report heißt). Entsprechend wird seitens der Afrikanischen Entwicklungsbank ausdrücklich empfohlen, in unmittelbarer Nähe der Dörfer Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen, ggf. auch auf dem ursprünglich von den Dörfern bearbeiteten Boden selbst. Eine solche Lösung empfiehlt sich in unseren Augen nicht nur aufgrund der massiven materiellen, kulturellen und sozialen Schäden, die Sanamadougou und Sahou ganz zweifelsohne erlitten haben **[5]**. Hinzu kommt – wie auch die Afrikanische Entwicklungsbank betont –, dass bei der anfänglichen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Bevölkerung

de facto vernachlässigt wurden, was sicherlich einer der Gründe dafür ist, weshalb es von Anfang an zu derart massiven Konflikten zwischen Dorfbewohner_innen, Investor und Staat gekommen ist.

Gleichzeitig möchten wir Sie – die Afrikanische Entwicklungsbank und den deutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – darum bitten, nach Maßgabe Ihrer Möglichkeiten zu einer raschen und gütlichen Lösung beizutragen. In diesem Zusammenhang sei uns auch der Hinweis gestattet, dass der Investor Modibo Keita immer wieder seine Bereitschaft betont hat, im Falle von Ersatzflächen ebenfalls einen Beitrag zu leisten – dies unter anderem bei einem Treffen mit dem Generaldirektor des Office Niger am 26.05.2016 in Ségou, an dem auch mehrere malische und deutsche Vertreter_innen von Afrique-Europe-Interact teilgenommen haben.

Schließlich: Gerade weil wir uns im engen und stetigen Austausch mit den Bewohner_innen von Sanamadougou und Sahou befinden, stehen wir – malische wie europäische Vertreter_innen von Afrique-Europe-Interact – jederzeit beratend oder vermittelnd zur Verfügung, sollte dies bei den nunmehr noch ausstehenden Schritten notwendig erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen,



Volker Mörchen

In Kopie an:

- Premierminister der Republik Mali
- Gouverneur von Ségou,
- Generaldirektor des Office du Niger

Anmerkungen:

[1] Afrique-Europe-Interact hat sich in den Jahren 2014 bis 2016 mehrfach an die malische Regierung, an die Afrikanische Entwicklungsbank und an das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gewandt. Da dies mit Briefwechseln, Telefonaten und mehreren Treffen in Deutschland und Mali einhergegangen ist (in Mali mehrfach in der Generaldirektion des Office du Niger, in Deutschland im BMZ in Bonn), gehen wir davon aus, dass Ihnen unsere Briefe vorliegen.

[2] Oakland Institut: <https://www.oaklandinstitute.org/comprendre-les-investissements-fonciers-en-afrique-rapport-mali>

[3] FIAN International:
http://www.fian.org/library/publication/land_grabbing_and_human_rights_in_mali/

[4] Schriftliche Frage 43 des Bundestagsabgeordneten Niema Movassat vom 27.08.2014 (Bundestagsdrucksache 18/2417): <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/024/1802417.pdf>; Kleine Anfrage durch die Partei DIE LINKE an die Bundesregierung vom 26.05.2016 (Drucksache 18/8565):

<https://kleineanfragen.de/bundestag/18/8565-landgrabbing-in-mali-die-doerfer-sanamadougou-und-sahou/viewer>

[5] Die Afrikanischen Entwicklungsbank spricht nicht nur von materiellen Schäden, die die Dorfbewohner_innen erlitten hätten, sondern auch davon, dass der interne soziale Zusammenhalt der Dörfer durch die Vorgänge massiv beschädigt worden sei.